

**Rahmenvereinbarung über den Kauf und die Lieferung von
Windows-Laptops und MacBooks**

Los 1/2/3

Vergabenummer: V-2026-0004

Zwischen:

BerlinOnline GmbH

Stefan-Heym-Platz 1

10367 Berlin

Nachfolgend „Auftraggeberin“

und

[Wird nach Zuschlag ergänzt]

Nachfolgend „Auftragnehmer“

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Vertragsbestandteile	3
§ 3 Vertragslaufzeit und Umfang.....	3
§ 4 Einzelabrufe	3
§ 5 Sonderkündigungsrecht	4
§ 6 Rechnungsstellung / Zahlungsbedingungen	5
§ 7 Vertraulichkeit	5
§ 8 Gewährleistung.....	5
§ 9 Preisgleitklausel	6
§ 10 Salvatorische Klausel	7

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Vertrages ist:
 - a. der Verkauf inklusive Lieferung von Windows-Laptops (Los 1)
 - b. der Verkauf inklusive Lieferung von MacBooks Air (Los 2)
 - c. der Verkauf inklusive Lieferung von MacBooks Pro (Los 3)
- (2) Die Vorgaben der Auftraggeberin, wie sie in der Leistungsbeschreibung definiert sind, sind maßgeblich und durch den Auftragnehmer zwingend einzuhalten.
- (3) Erfüllungsort ist die im Einzelabruf benannte Verwendungsstelle der Auftraggeberin.
- (4) Sofern in diesem Vertrag und/oder dessen Anlagen keine abweichenden Regelungen getroffen werden, gelten die Regelungen über den Kauf von Sachen gemäß §§ 433 BGB ff.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Vertragsbestandteile sind in der nachfolgenden Reihenfolge folgende Dokumente:
 1. Dieser Vertrag
 2. Leistungsbeschreibung
 3. Preisblatt je Los (ausgefüllt vom Auftragnehmer)
 4. VOL/B*
 5. EVB-IT Kaufvertrag (Kurz)

*Die genannten Anlagen gelten in der bei Vertragsschluss jeweils gültigen Fassung.

Sofern einzelne Vertragsbestandteile (z.B. Regelungen dieses Vertrages oder der Leistungsbeschreibung) durch Bieterfragen konkretisiert oder geändert wurden, gelten diese Konkretisierungen und/oder Änderungen stets vorrangig, unabhängig davon, ob die Änderungen durch ein Änderungspaket in den Vergabeunterlagen angepasst wurden.

§ 3 Vertragslaufzeit und Umfang

- (1) Der aus dieser Ausschreibung resultierende Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung und endet automatisch nach Ablauf von 12 Monaten.
- (2) Die Rahmenvereinbarung verlängert sich automatisch bis zu drei Mal um jeweils zwölf Monate, sofern die Auftraggeberin nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit eine Beendigung erklärt.
- (3) Eine Verpflichtung zur Abnahme existiert weder in einem Mindestmaß noch in Höhe der geschätzten Auftragsmenge. Die Auftraggeberin ist berechtigt, Waren bis zur geschätzten Menge abzurufen (Höchstmenge).
- (4) Je Los entspricht die maximale Abrufmenge:
 - a. Los 1: 94 Windows-Laptops
 - b. Los 2: 94 MacBook Air
 - c. Los 3: 20 MacBooks Pro

§ 4 Einzelabrufe

- (1) Die konkrete Beauftragung erfolgt auf Basis von Einzelabrufen nach dieser Vereinbarung.
- (2) Der Auftragnehmer ist dazu verpflichtet die abgerufenen Leistungen zu erbringen, sobald die Auftraggeberin ihm einen Einzelabruf erteilt hat.
- (3) Einzelabrufe werden in Textform per E-Mail erteilt. Die erteilten Aufträge sind per E-Mail an den im Auftrag genannten Ansprechpartner des Auftrags mit Angabe des voraussichtlichen Lieferzeitpunkts innerhalb von 2 Werktagen zu bestätigen. Die Lieferung hat innerhalb von 10 Werktagen zu erfolgen.

- (4) Die Auftraggeberin behält sich vor, den Prozess der Einzelabrufe während der Vertragslaufzeit anzupassen.

§ 5 Sonderkündigungsrecht

- (1) Unbeschadet der gesetzlichen Regelungen kann die Auftraggeberin diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen,
- a. wenn der Auftragnehmer die in der Leistungsbeschreibung festgelegten Leistungsanforderungen schwerwiegend und dauerhaft nicht einhält (z.B. wiederholte Lieferverzögerungen), oder
 - b. wenn der Auftragnehmer trotz schriftlicher Aufforderung die vereinbarte Leistung nach diesem Vertrag nicht ordnungsgemäß erbringt oder seine Hauptpflichten verletzt; die Fristsetzung ist entbehrlich, wenn der Auftragnehmer die Leistung ernsthaft und endgültig verweigert, oder
 - c. wenn der Auftragnehmer bei den Nachweisen und Erklärungen zur Eignung des Auftragnehmers vorsätzlich oder grob fahrlässig unwahre Angaben gemacht hat, oder
 - d. wenn der Auftragnehmer bei den Angaben zum Leistungsgegenstand und/ oder zur Leistungserbringung vorsätzlich oder grob fahrlässig unwahre Angaben gemacht hat, oder
 - e. wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt oder
 - f. wenn Ausschlussgründe i.S.d. §§ 123, 124 GWB vorliegen, oder
 - g. wenn es sich nachträglich herausstellt, dass bei Vertragsschluss ein vergaberechtlicher Ausschlussgrund i.S.d. §§ 123 oder 124 GWB vorlag oder ein solcher Ausschlussgrund nach Vertragsschluss entsteht/entstanden ist, oder
 - h. wenn nachträglich die Eignung des Auftragnehmers während der Vertragslaufzeit wegfällt, oder
 - i. wenn aufgrund eines Verhaltens des Auftragnehmers oder mit ihm verbundener Unternehmen oder von ihm eingesetzter Unternehmen bzw. Personen eine Berichterstattung in der Öffentlichkeit zu besorgen ist, welche das Ansehen der Auftraggeberin beeinträchtigt oder beeinträchtigen könnte (z.B. Kinderarbeit, Korruptionsvorwürfe, Imageschädigungen, Lohndumping, Volksverhetzung oder andere diskriminierende Schmähungen, Anwendungen der Technologie von L. Ron Hubbard bzw. sonstiger Religions- und Glaubensrichtungen etc.), oder
 - j. vor Vertragsschluss gemachte Angaben des Auftragnehmers entgegen seiner im Angebot abgegebenen Versicherung nicht zutreffend waren oder erforderliche Informationen (etwa ein beabsichtigter Nachunternehmereinsatz) des Auftragnehmers nach dieser Vereinbarung von den dafür in seinem Betrieb zuständigen Mitarbeitern wissentlich unterbleiben oder von diesen vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht zutreffend erteilt werden, oder bestehende oder zukünftige Bestimmungen oder Maßnahmen aufsichtsrechtlicher, vergaberechtlicher, haushaltsrechtlicher oder sonstiger gesetzlicher Art der Erfüllung dieses Vertrages entgegenstehen.
- (2) Jegliche Kündigung dieses Vertrages bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Textform.
- (3) Die Kündigung aus wichtigem Grund muss spätestens einen Monat nach Kenntnis vom Kündigungsgrund erklärt werden. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Zugang der Kündigungserklärung bei dem Auftragnehmer. Das Vertragsverhältnis endet in diesem Fall mit sofortiger Wirkung.

- (4) Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit wie vereinbart erbracht, nach den Vertragspreisen oder nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zu der gesamten vertraglichen Leistung auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen. Die gesetzlichen Regelungen über den Rücktritt bleiben unberührt.
- (5) Weitergehende Ansprüche des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, insbesondere besteht kein Anspruch auf Vergütung noch nicht erbrachter Leistungen.

§ 6 Rechnungsstellung / Zahlungsbedingungen

Der Auftragnehmer rechnet jeden Einzelabruf insgesamt ab. Teillieferungen innerhalb eines Einzelabrufes werden nicht separat abgerechnet.

Die Rechnung wird 30 Tage nach Annahme der Leistung fällig.

Sowohl im Schriftverkehr als auch in den Lieferscheinen und Rechnungen des Auftragnehmers ist zwingend die von der Auftraggeberin vergebene Vergabenummer anzugeben. Andernfalls ist eine Bearbeitung nicht oder nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung möglich. Auf der Rechnung ist folgende Anschrift anzugeben:

BerlinOnline GmbH
Stefan-Heym-Platz 1
10367 Berlin

Schriftverkehr: einkauf@berlinonline.de

Rechnungen sind **ausschließlich** per Mail an

bo.invoice@berlinonline.de

zu senden. Ein postalischer zusätzlicher Versand ist untersagt.

§ 7 Vertraulichkeit

- (1) Der Auftragnehmer hat – auch nach Beendigung des Auftrages – über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren.

§ 8 Gewährleistung

- (1) Es gelten die gesetzlichen Gewährleistungsrechte des § 433 ff. BGB mit den nachfolgenden Einschränkungen:
 - a. Es gilt die Beweislastumkehr des § 477 BGB.
 - b. § 377 HGB gilt nicht.
- (2) Darüber hinaus sind sämtliche Geräte mit einer Herstellergarantie von mindestens 24 Monaten zu liefern. Die Garantie muss mindestens umfassen:
 - Funktionsfähigkeit der Geräte bei vertragsgemäßigem Gebrauch
 - Material- und Herstellungsfehler

Die Garantie gilt unabhängig davon, dass der Auftraggeber nicht Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist, und unabhängig davon, dass die Nutzung der Geräte in haushaltsähnlichen Unterkünften erfolgt. Etwaige Herstellergarantiebeschränkungen auf private Endverbraucher

dürfen zu keiner Verkürzung der vereinbarten Garantiedauer führen. Der Auftragnehmer hat dies bei der Auswahl der Geräte sicherzustellen.

- (3) Bei Defekten verpflichtet sich der Auftragnehmer zu folgenden Mindestserviceleistungen:
- a. Reaktionszeit: Reaktion auf eine Störungsmeldung des Auftraggebers spätestens am Next Business Day. Eine Reaktion umfasst mindestens die qualifizierte Kontaktaufnahme sowie den Beginn der Fehleranalyse
 - b. Vor-Ort-Service: Durchführung einer Fehlerdiagnose oder Einleitung der Reparatur innerhalb am Next Business Day nach Störungsmeldung
 - c. Sollte eine Reparatur innerhalb von 5 Werktagen nicht möglich sein, ist dem Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers ein funktionsgleiches Ersatzgerät für die Dauer der Reparatur bereitzustellen oder das Gerät auszutauschen

§ 9 Preisgleitklausel

- (1) Die Vertragsparteien sind berechtigt, die im Preisblatt vereinbarte Vergütung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen anzupassen.

Die Geltendmachung einer Preisanpassung (Preiserhöhung oder Preissenkung) ist einmalig mit Inanspruchnahme einer ersten Vertragsverlängerung (d.h. nach Ablauf von 24 Monaten) möglich.

Eine Preisanpassung ist in Textform mindestens 1 Monat im Voraus anzumelden.

Die angepasste Vergütung wird mit Beginn des auf den Ablauf der Frist folgenden Kalendermonats wirksam.

- (2) Für eine Preisanpassung ist der Preisindex lt. Statistischem Bundesamt, Destatis: Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (2021=100) 124 (tragbare Computer) maßgeblich.

Sollte dieser Index nicht mehr veröffentlicht werden, methodisch wesentlich geändert oder durch einen anderen Index ersetzt werden, so ist derjenige vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Index maßgeblich, der dem bisherigen Index wirtschaftlich am nächsten kommt (Nachfolge- oder Ersatzindex).

- (3) Eine Anpassung ist auf Verlangen des Auftragnehmers oder der Auftraggeberin vorzunehmen, sofern der ermittelte neue Preisindex um mehr als +/- 2 Prozentpunkte vom alten Preisindex abweicht.

Die jeweilige Vergütung verändert sich in Höhe der prozentualen Veränderung des maßgeblichen Indexes zwischen altem und neuem Preisindex (Erhöhung oder Senkung).

Kostensenkungen sind mindestens in gleichem Umfang preiswirksam zu berücksichtigen wie Kostenerhöhungen; bei entsprechendem Rückgang des Indexes ist eine Preissenkung vorzunehmen.

- (4) Für die einmalige Preissteigerung bzw. Preissenkung wird der Preisindex aus August 2026 als "alter Preisindex" zugrunde gelegt. Der neue Preisindex ist der Preisindex zum Zeitpunkt des Anpassungsverlangens.

Nach Anpassung der Vergütung nach dieser Regelung wird der neue Preisindex zum alten Preisindex für eine mögliche nächste Anpassung.

- (5) Eine einmalige Preisanpassung ist innerhalb der Vertragslaufzeit bis zu einer Erhöhung oder Verringerung um maximal 10 % nach dem vorstehenden Prozedere möglich.

§ 10 Salvatorische Klausel

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
- (2) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.
- (3) Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag oder in anderen Vertragsbestandteilen auf ein Schriftformerfordernis abgestellt wird, ist die Textform im Sinne von § 126b BGB zur Wahrung der Schriftform ausreichend.
- (4) Gerichtsstand für alle aus dem Vertragsverhältnis erwachsenden Ansprüchen und Rechtsstreitigkeiten ist ausschließlich Berlin.
- (5) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, sofern nicht etwas anderes geregelt wurde. Sämtliche Änderungen und Einschränkungen, die der Auftragnehmer in seinem Angebot im Hinblick auf die Ausschreibungsunterlagen und die Vorgaben der Auftraggeberin macht, werden nicht Vertragsinhalt.
- (6) Gegen Forderungen der Auftraggeberin darf der Auftragnehmer nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen. Ein Streitfall berechtigt den Auftragnehmer nicht, die vertraglichen Leistungen einzuschränken oder einzustellen.
- (7) Vertrags- und Geschäftssprache ist deutsch.

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift Auftraggeberin

Unterschrift Auftragnehmer